

**Einwohnerratssitzung 2012/2013
Protokoll Nr. 8**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 25. April 2013**
Sitzungszeit 14:00 Uhr – 17:10 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Janine Lipp
Direktwahl 041 329 63 09

25. April 2013

Anwesend

Präsident

Heini Martin

Einwohnerrat

33 Mitglieder

Bieri Esther (ab 15:00 Uhr / bis 16:40 Uhr)

Dalla Bona Mara (ab 14:55 Uhr)

Piazza Daniel (ab 14:15 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Burkhardt Petra

Deschwanden Sarah

Lipp Janine

Entschuldigt

Erni Roger

Meyer Pascal

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 296 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 6</u> vom 31. Januar 2013 | | Seite 298 |
| 3. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 299 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindeinitiative „Zonenplan-
revision Grosshof“ | Nr. 024/13 | Seite 300 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Eichhof West/Süd
mit Teilrevision Ortsplanung, 1. Lesung | Nr. 025/13 | Seite 301 |
| 6. | <u>Planungsbericht:</u> Controlling-Stelle wirtschaftliche
Sozialhilfe / Sozialversicherungen

<i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im
Planungsbericht integriert):</i> | Nr. 027/13 | Seite 313 |
| | - <u>Motion Marbacher:</u> Einführung Controlling-Stelle
wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen | Nr. 289/12 | Seite 313 |
| 6a. | <u>Dringliche Interpellation Kloter:</u> Räumliche
Entwicklung, Städtebau, Eichhof-West
(Beeinträchtigung der Wohnlage Eichhof West durch
die künftige Verkehrsentwicklung) | Nr. 036/13 | Seite 317 |
| 6b. | <u>Dringliches Postulat Schwizer:</u> Informatik-Strategie /
Projekt SIDOK
<i>Begründung</i> | Nr. 032/13 | Seite 318 |
| 7. | <u>Postulat B. Bienz:</u> Weisung für die Beschaffung und Ein-
kauf von Gütern und Dienstleistungen für die Gemeinde
Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 029/13 | Seite 318 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 029/13 | Postulat B. Bienz: Weisung für die Beschaffung und Einkauf von Gütern und Dienstleistungen für die Gemeinde Kriens
<i>Eingang: 10.03.2013</i> |
| Nr. 030/13 | Interpellation Portmann: Einbürgerungskriterien in der Gemeinde Kriens
<i>Eingang: 13.03.2013</i> |
| Nr. 032/13 | Dringliches Postulat Schwizer: Informatik-Strategie / Projekt SIDOK
<i>Eingang: 22.03.2013</i> |

- Nr. 027/13 Planungsbericht: Controllingstelle wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen
- Nr. 024/13 B+A: Gemeindeinitiative „Zonenplanrevision Grosshof“
- Nr. 025/13 B+A: Bebauungsplan Eichhof West/Süd mit Teilrevision Ortsplanung
- Nr. 033/13 Interpellation Tschümperlin: Arbeitsbelastung im Baudepartement
Eingang: 02.04.2013
- Nr. 034/13 Postulat Wicki: Lernen von den Besten: Nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung
Eingang: 09.04.2013
- Nr. 035/13 Motion Tanner: Änderung der Finanzkompetenz des Gemeinderats in der Gemeindeordnung
Eingang: 16.04.2013
- Nr. 036/13 Dringliche Interpellation Kloter: Räumliche Entwicklung, Städtebau, Eichhof-West (Beeinträchtigung der Wohnlage Eichhof West durch die künftige Verkehrsentwicklung)
Eingang: 16.04.2013
- Nr. 023/13 B+A: Jahresrechnung 2012
- Nr. 017/13 B+A: Bauabrechnung Sanierung und Attraktivierung Spiel- und Pausenplätze
- Nr. 018/13 B+A: Bauabrechnung Erweiterung Bezirksgericht Kriens

Martin Heini begrüsst alle Anwesenden im Pilatussaal. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Luca Wolf. Herzlich begrüssen möchte er auch Herr Vogt von SRF Regionaljournal Zentralschweiz sowie Sarah Deschwanden, Sachbearbeiterin der Gemeindekanzlei und Protokollführerin für den Einwohnerrat.

Seit der letzten Sitzung ist einiges gelaufen, viele Eier wurden getütscht, der Frühling ist endlich gekommen. Um das schöne Wetter von heute zu geniessen, würde er gerne zu Hause ein kleines Stück Rasen mähen um darauf einen Liegestuhl aufzustellen.

Heute wird ein wichtiges Traktandum behandelt. Er bittet um Fairness im Saal wie auch auf der Tribüne, damit der Ratsbetrieb normal vorgenommen werden kann.

Entschuldigt haben sich Roger Erni, da er heute seinen 40. Geburtstag feiert und Pascal Meyer, welcher diese Woche mit einer Weiterbildung angefangen hat. Mara Dalla Bona hat einen Prüfungstermin und kommt deshalb etwas später zur Sitzung hinzu. Esther Bieri hat

diese Woche Klausur und kommt nur zum Haupttraktandum. Deshalb kommt sie etwas später und verlässt die Sitzung auch etwas früher.

Die Pause ist von 15:45 Uhr bis 16:05 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

Martin Heiz stellt einen Ordnungsantrag. Er verlangt, dass das Plakat auf der Tribüne abgenommen wird.

Martin Heini ermahnt die Zuschauer, dieses abzunehmen.

1. Mitteilungen

Gemäss Martin Heini beantragte der Gemeinderat mit Schreiben vom 15. April 2013, dass das Geschäft „Gemeindeinitiative Zonenplanrevision Grosshof“ aus Termingründen von der heutigen Sitzung abzutraktandieren und dafür auf die Sitzung vom 23. Mai 2013 vorzusehen ist, was bereits geschehen ist; diese Einladung wurde schon zugestellt.

Es sind keine weiteren Änderungsanträge eingegangen. Somit wird nach der Traktandenliste gearbeitet.

Martin Heini weist darauf hin, dass die Neueingänge wie gewohnt schriftlich aufliegen.

Dringliches Postulat Schwizer: Informatik-Strategie / Projekt SIDOK (Nr. 032/13)

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Roland Schwizer zwecks Begründung der Dringlichkeit.

Gemäss Roland Schwizer nahm der Gemeinderat am 4. Februar 2013 Stellung zur Interpellation „Informatik Strategie/SIDOK“. Diese Information und der darauf folgende Pressebericht hinterliessen ein ungutes Gefühl, da die Antworten des Gemeinderates nicht zur Klärung der gestellten Fragen beigetragen hatten, sondern eher noch mehr Fragen aufwarfen.

Der Gemeinderat will das gemeinsam mit Emmen betriebene Rechenzentrum in eine rechtliche Trägerschaft überführen. Deshalb wird er dem Einwohnerrat im Herbst 2013 einen Bericht und Antrag für die rechtliche Form dieser Zusammenarbeit unterbreiten. Der Einwohnerrat konnte bisher zu diesem Thema, das immerhin einem Budgetposten von Fr. 1.4 Mio. entspricht, keine Stellung beziehen.

Die Dringlichkeit ist damit gegeben, dass der Einwohnerrat, bevor der B+A für die neue Betriebsgesellschaft an den Einwohnerrat überwiesen wird, über dieses Thema umfassend und lückenlos informiert werden will und dieser allenfalls noch Einfluss nehmen können. Er bittet deshalb, dieses Postulat als dringlich zu erklären.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt.

Martin Heini schlägt vor, den Vorstoss unter Traktandum 6a zu behandeln. Dagegen wird nicht opponiert.

Dringliche Interpellation Kloter: Räumliche Entwicklung, Städtebau, Eichhof West (Beeinträchtigung der Wohnlage Eichhof West durch die künftige Verkehrsentwicklung) (Nr. 036/13)

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Yanik Kloter zwecks Begründung der Dringlichkeit der Interpellation.

Yanik Kloter ist noch nicht vor allzu langer Zeit mit einem Sprichwort aufgewachsen: „*Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf Morgen.*“ Der Einwohnerrat hat sich heute versammelt, um über das grosse Bauprojekt zu diskutieren. Die fünf Fragen die er mit der Interpellation gestellt hat, sind wichtig für dieses Projekt. Wie es in der Geschäftsordnung geschrieben ist, ist die Wichtigkeit genau durch solche Voraussetzungen gegeben. Es macht keinen Sinn diese Fragen zu einem späteren Zeitpunkt zu beantworten. Er bittet um eine kurze mündliche Beantwortung.

Hans Gartmann opponiert der Dringlichkeit. Die FDP ist der Meinung, dass diese Interpellation nicht dringlich ist. Zudem werden die Fragen alle während dem Traktandum 5 diskutiert. Somit erübrigt sich diese Interpellation.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Kloter: Räumliche Entwicklung, Städtebau, Eichhof West (Beeinträchtigung der Wohnlage Eichhof West durch die künftige Verkehrsentwicklung) (Nr. 036/13)

Mit 19:11 Stimmen wird die Interpellation dringlich erklärt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	n.t.
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	n.t.
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	n.t.
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Die Interpellation Kloter wird als Traktandum 5a (zusammen mit dem B+A: Bebauungsplan Eichhof West/Süd mit Teilrevision Ortsplanung, 1. Lesung) behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Die Geschäftsleitung hat beschlossen, dass auf diese Legislatur hin keine Einwohnerratsprotokolle mehr auf Papier zugestellt werden. Es gibt jedoch trotzdem noch Leute, die nicht damit einverstanden sind. Diese Personen, die die Einwohnerratsprotokolle weiterhin in Papierform wünschen, können sich auf der Liste eintragen, welche bei den Protokollführerinnen aufliegt. Damit alle die Gelegenheit haben, die Protokolle auszudrucken, hat die Kanzlei jedem Mitglied ein Pack Papier auf den Tisch gelegt.

Die Unterlagen für die Einwohnerratssitzung vom 23. Mai 2013 werden nicht per Post zugestellt, sondern liegen heute verteilt auf den Pulten.

Martin Heini darf nachträglich zu runden Geburtstagen gratulieren:

Rita Berger-Hug feierte am 9.4. ihren Geburtstag mit einer Zahl mit einer Null dahinter. Wie vorher schon angetönt, feiert Roger Erni heute seinen 40. Geburtstag. Zusätzlich möchte er auch gleich noch Thomas Lammer gratulieren. Er feiert heute seinen 49. Geburtstag.

Im Weiteren wurde allen ein grüner Flyer ausgeteilt. Das Kirchbüchschulhaus hat in der Projektwoche ein Radio eingerichtet. Man kann dieses auch besuchen. Er bittet darum in das Radio reinzuhören oder evtl. auch beim Radio vorbeizuschauen.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Paul Winiker informiert, dass nach klarer Ablehnung des Postulats Meyer betreffend Nachkommenserbsteuer, der Gemeinderat darauf verzichtet, diesem Anliegen weiter nachzugehen. Der Gemeinderat hat Massnahmen vorgeschlagen um die Sanierung der Finanzen voranzutreiben. In der Planung fehlen rund Fr. 200'000.00. Diese müssen an einem anderen Ort eingespart werden.

Matthias Senn wurde anlässlich der Fragestunde vom 31. Januar 2013 gefragt wie der Stand vom Hinteramlehn ist. Heute kann er darüber informieren, dass damals die Remise grösser gebaut wurde als bewilligt. Der Gemeinderat entschied, dass diese wieder abgebrochen werden muss. Das Verwaltungsgericht hat jedoch diesen Entscheid zurückgewiesen. In der Beschwerde wurde begründet, dass andere Voraussetzungen für die Berechnung der Flächen von Nebenbauten vorhanden seien. Das rawi musste das Ganze nun neu berechnen und hat sich dabei sehr viel Zeit gelassen. Es wurde festgelegt, dass die Remise nun so stehen bleiben kann. Wenn das Hinteramlehn jedoch nicht mehr im Haupt- oder Nebenerwerb bewirtschaftet wird, muss die Remise zurückgebaut werden. Dies soll so im Grundbuch eingetragen werden. Der Grundeigentümer hat aber wieder eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht. Das Verfahren ist somit noch nicht abgeschlossen und geht in die nächste Runde.

2. Protokoll Nr. 6 vom 31. Januar 2013

Martin Heini stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

3. Fragestunde

Gemäss René Zosso konnte man in den Medien verfolgen, dass das neue Karton-Sammelregime der REAL in der Luzerner Stadtbevölkerung zu viel Unmut, Unverständnis und Unordnung führt. In Kriens bleibt man offenbar vorerst vor dieser fragwürdigen und teilweise nicht praktikablen Bündelpraxis verschont und kann das bewährte System in Kriens offensichtlich weiter beibehalten. Hat der Gemeinderat diesbezüglich bei REAL interveniert oder steht Kriens derselbe Ärger wie in Luzern noch bevor?

Cyrill Wiget meint, dass es leider Letzteres trifft. REAL gedenkt dieses Regime auch in Kriens durchzuführen. Die Gemeinde Kriens hat jedoch bereits reagiert. Sie möchten Grosssammlungen durchführen. Es ist ökologisch nicht tragisch, wenn man mal ein WC-Rölleli in den Schwarzkehrriecht wirft. Tragisch wäre es, wenn grosse Mengen an Rohstoffen nicht richtig recycelt werden.

Beat Tanner hat vernommen, dass REAL angefangen hat, Gewinnausschüttungen zu machen. Ist das richtig, dass sie damit bereits begonnen haben? Weiss man wieviel das ist?

Gemäss Cyrill Wiget gibt es einen Überschuss an Investitionsmitteln. Zu diesem Thema gibt es eine Arbeitsgruppe. Diese ist jedoch nicht öffentlich. Zur Zeit weiss man noch nichts Genaues darüber. Der reguläre Gewinn wurde in den letzten Jahren der Gemeinderechnung zugeführt. Was mit den Mitteln aus der Überliquidität geschehen wird, weiss man nach der Delegiertenversammlung vom 21. Mai 2013.

Peter Fässler fragt, wie der Stand beim alten Pilatusmarkt ist? Wie und wann geht es dort weiter?

Matthias Senn erläutert, dass die Grundeigentümer einen Bebauungsplan eingereicht haben. Es sind Verhandlungen am Laufen. Es gibt verschiedene Optionen die mit den Grundeigentümern besprochen werden.

Erich Tschümperlin meint, dass es früher einen Legislaturrückblick vom Gemeinderat gab. Plant man wieder, einen solchen zu machen oder nicht?

Laut Paul Winiker muss zuerst die Politische Gesamtplanung verfasst werden, bevor man einen Rückblick machen kann. Die Gesamtplanung hat den gleichen Charakter wie ein Rückblick. Es besteht die Möglichkeit am Ende der Legislatur einen Rückblick zu machen. Wobei der Gemeinderat in der Jahresrechnung Rechenschaft ablegt über die ausgeführten Arbeiten.

Gemäss Judith Mathis ist der Otto Eder Platz auf dem Sonnenberg ein beliebter Aufenthaltsort. Der Weg aus Westen ist jedoch in einem schlechten Zustand. Hat man vor, diesen Weg wieder instand zu stellen?

Matthias Senn antwortet, dass es immer wieder Planungen gibt, welche Wanderwege instand gestellt werden. Er weiss nicht ob dieser Weg dazu gehört.

Peter Fässler hat festgestellt, dass PDF Dateien im Extranet nicht durchsuchbar sind (Suchbegriff) und die Schrift zum Teil sehr schlecht leserlich ist. Weshalb ist das so?

Gemäss Paul Winiker ist das Problem erkannt. Die EDV ist daran eine Lösung zu finden.

Laut Kathrin Graber sind Hecken in Kriens geschützt. Ihr ist aufgefallen, dass beim Hinteramlehn/Obergütsch diverse Bäume gefällt wurden, die zu einer eingetragenen Hecke gehören. Weshalb wurde dies gemacht?

Cyrill Wiget sagt, dass man hier aufpassen muss. Im Rahmen des Vernetzungsprojekts kommt es vor, dass Hecken ganz zurückgeschnitten und evtl. auch neu bepflanzt werden. Es gehören auch Eschen dazu. Wenn es im Rahmen dieses Projekts ist, ist es in Ordnung. Eine Hecke darf natürlich immer teilweise zurückgeschnitten werden. Er wird aber diesen Fall anschauen.

Verena Wicki hat gestern und heute gesehen, dass in der Vorzone Eichhof Gleise herausgenommen werden. Was läuft dort?

Das Grundstück gehörte gemäss Paul Winiker der Kriens-Luzern Bahn (KLB). Mit dem letzten Fahrplanwechsel wurde auch der Betrieb der KLB eingestellt. Das Grundstück ist an den Kanton übergegangen. Dieser ist nun auch zuständig für die Instandstellung. Es liegt am Grundeigentümer die Bahngleise herauszunehmen.

Kathrin Graber erwähnt, dass demnächst die wichtige Abstimmung zur Zentrumsplanung ansteht. Man muss rechtzeitig mit der Planung/Strategie beginnen. Was läuft im Moment seitens des Gemeinderates?

Gemäss Matthias Senn wird im Moment ein Planungsbericht erstellt. Der Gemeinderat arbeitet zur Zeit mit dem Parlament zusammen und informiert mit dem KriensInfo. Nach den Sommerferien gibt es weitere Aktionen, so wird evtl. ein Eventtag organisiert, an dem die Bürgerinnen und Bürger informiert werden. Es gibt auch Besichtigungen der Liegenschaften und weitere Massnahmen, um das Projekt den Leuten näher zu bringen. Der Gemeinderat möchte die Zeit bis zur Abstimmung im Februar 2014 nutzen, um darüber gut zu informieren.

4. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Zonenplanrevision Grosshof“

Nr. 024/13

Abtraktandiert.

5. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Eichhof West/Süd mit Teilrevision Ortsplanung, 1. Lesung Nr. 025/13

Martin Heini hält fest, dass gleichzeitig die dringlich Interpellation Kloter behandelt wird. Er weist weiter darauf hin, da dies die 1. Lesung ist, gibt es keine Beschlussfassung. Zudem begrüsst er Urs Muff vom Baudepartement.

Für die BK spricht Martin Heiz. Mit dieser Vorlage kommt nun ein jahrelanges Vorhaben endlich zum Abschluss. In der damaligen Revision des Bau- und Zonenreglementes 2000 wurde damals dieses Gebiet ausgenommen. Man sagte damals, dass man dieses Gebiet auf Grund eines Projektes einer Nutzung zuführen will. Der Kommission wurde der Werdegang erklärt, ebenfalls wurde mitgeteilt, dass am Reglement zum Bebauungsplan doch einiges seitens der Gemeinde geändert und ergänzt wurde. Zu dieser Vorlage sind auch noch weitere Dokumente vorhanden, welche einen Ordner füllen. Alle BK-Mitglieder hatten aber per Extranet Zugriff auf diese Dokumente und konnten sich auch anhand des Modells in dieses komplexe Thema einarbeiten.

Dabei war vor allem der Verkehr ein Thema. Ein Mitglied war deshalb auch für Nichteintreten, wobei er betonte, dass nicht die Höhe der Häuser der Grund für nicht eintreten sei, sondern die Verkehrssicherheit auf der Langsägestrasse. Die definitive Ausgestaltung dazu wird erst im Gestaltungsplan und im konkreten Baugesuch vorgenommen. Dort muss die Gemeinde betreffend Verkehr sich Gedanken machen, wobei anzumerken ist, dass der BK Unterlagen im Umfang von 45 Seiten im Extranet zur Verfügung standen. Im Rahmen dieser Diskussion musste auch in der Baukommission wieder einmal erklärt werden, was in einem Bebauungsplan und was im Gestaltungsplan geregelt wird. Der Bebauungsplan ist ein eher rudimentärer Plan, wo Baufelder definiert und die Rahmenbedingungen in einem Reglement festgehalten werden. In einem Gestaltungsplan geht man dann mehr in die Tiefe und es müssen auch mehr Details geregelt werden. Somit wird die ganze Verkehrssituation im Gestaltungsplan geregelt. Dazu kann dann die gemeinderätliche Baukommission (in welcher alle Mitglieder der BK Einsitz haben) Stellung beziehen. Gegen das Reglement zum Bebauungsplan West und Süd, zu den Plänen dazu und zum Plan Freiraumkonzept wurden keine Änderungsanträge eingebracht. Einzig zum Artikel 9a (alt) resp. 10 (neu) des BZR wurde eine kleine Änderung zum besseren Verstehen des Artikels eingebracht. Der Antrag liegt auf den Tischen auf. Für die zweite Lesung muss im B&A noch ergänzt werden, dass der Plan zum Freiraumkonzept ebenfalls verbindlich ist. Die BK stimmte mit 6 zu 1 Stimmen für das Eintreten dieses B&A.

Verena Wicki, berichtet aus der USK, dass diese sich beim Reglement und den Bebauungspläne Eichhof West und Eichhof Süd auf die Aspekte konzentriert, die für die Kommission von Bedeutung sind, also Umwelt, Sicherheit und Verkehr. Das Projekt wird einerseits als gut und interessant eingeschätzt. Es hat das Potential, einen Schandfleck im Grenzgebiet zwischen der Stadt Luzern und Kriens zu beseitigen. Es entspricht der aktuellen Entwicklung der Raumplanung, wo bauliche Verdichtung und qualitativ hochwertige Freiräume gefördert werden. Ein attraktives Eingangstor zwischen Luzern und Kriens durch architektonisch hervorstechende Elemente ist zu begrüßen. Sehr geschätzt wird das Konzept für die Umgebungsgestaltung, das nach ökologischen Gesichtspunkten sehr interessant ist und eine vielfältige Fauna und Flora erlaubt.

Kritikpunkte sehen die Einen in der Lage direkt bei der Autobahn, was aus städtebaulicher Sicht für eine Siedlung in dieser Grösse und mit der gewünschten Ausstrahlung auf Mieter heikel beurteilt wird. Die Verkehrslösung wird mehrheitlich kritisch beurteilt. Die Langsägestrasse ist eine wichtige Verbindung für den Langsamverkehr, vor allem Velos, die diese Stre-

cke häufig nutzen. Die Strassenverhältnisse können im geplanten Projekt eng und schluchtig werden. Die Siedlung wird deutlichen Mehrverkehr erzeugen. Die Ein- und Ausfahrten in die Tiefgaragen und das Gelände haben ein hohes Gefahrenpotential, das noch nicht planerisch gelöst ist. Die geplanten 494 Parkplätze liegen knapp unter der Anforderung einer UVP. Der ÖV auf der dicht befahrenen Strecke Luzern-Kriens ist in diesem Teil zu den Stosszeiten überlastet und die zusätzlichen Fahrten werden zu einer Belastung. Dem gegenüber steht der geplante Schulbetrieb, der Schüler und die Schülerinnen antizyklisch in den ÖV einbettet.

Die Hochhäuser werden von einem Teil als sehr hoch eingeschätzt in Bezug zur Hanglage. Sie werden als isolierte Einzelgebäude wahrgenommen, mit geringem Bezug zu den geplanten Hochhäusern in der Sternmatt und im Mattenhof. Unbestritten ist jedoch die Haltung, dass der Anspruch der Anwohner auf eine schöne Aussicht nicht geschützt werden kann. Im Zentrum müssen allgemeine Überlegungen stehen, die die Interessen der Gesamtbevölkerung berücksichtigen. Das Projekt hat einen zukunftsweisenden und langjährigen Charakter. Angesichts dieser Tatsache waren die Normen bezüglich des Energie-Standards diskutiert. Die vorgeschlagene Formulierung, dass soweit möglich und sinnvoll in Übereinstimmung mit dem SIA Effizienzpfad Energie zu arbeiten sei, wird als schwammig eingeschätzt. Bei einem Projekt dieser Grösse setzte sich mehrheitlich die Meinung durch, dass die Nachhaltigkeit auch im Energie-Standard wichtig ist und der höchstmögliche Energie-Standard zum Zuge kommen muss, was die USK auch beantragt.

Die USK diskutierte auch die Vorzone mit den Gleisanlagen zwischen dem Areal Eichhof-West und der Hauptstrasse/respektive Autobahnzufahrt. Diese sind in der Planung nicht mitberücksichtigt und bilden doch einen städtebaulich und optisch wichtigen Bestandteil des Areals im Grenzbereich zwischen Kriens und Luzern. Die Vorzone ist Eigentum des Kantons. Der Vorschlag von Luzern Plus wurde mehrheitlich interessiert aufgenommen. Im Rahmen des Bebauungsplanes für das Aussen- und Freiraumkonzept soll das ganze Areal vom Hang bis zur Luzernerstrasse, inklusiv Langsägestrasse und der Schule baufeldübergreifend als integrierender Bestandteil des Bebauungsplanes verlangt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Vorzone im Anschlussbereich Luzern-Süd vollumfänglich städtebaulich aufgewertet wird.

Das heute nur über den Bebauungsplan diskutieren wird, so Rene Zosso der für die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion spricht ist klar und auch, dass viele der Überlegungen und Anträge erst zum nächsten Schritt gehören, dem Gestaltungsplan. Aber es ist der Fraktion wichtig, heute die Gedanken dazu platzieren zu können, da man in der nächsten Phase kaum mehr dazu kommen wird. Die langen Diskussionen, die Medienberichte, die Unklarheiten und ja, auch der hartnäckige Widerstand der betroffenen Nachbarschaft, hat die Fraktion dazu bewogen, das Vorhaben nochmals zu hinterfragen. Die Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass das vorliegende Konzept mit den zwei Hochhäusern nicht das Optimum ist. Es ist wichtig festzuhalten, dass sie nicht grundsätzlich gegen Hochhäuser und das Hochhauskonzept gemäss dem Studienauftrag von Luzern Süd sind. Auch im Eichhof nicht. Sie unterstützen diese Form des verdichteten Bauens sehr und haben das im Fall Mattenhof ja auch bewiesen. Aber die Qualität muss stimmen. Die vorliegende, sensible Lage vor dem Sonnenberghang erscheint wenig geeignet dafür. In der Stadt Zürich gibt es städteauliche Prinzipien, die empfehlen, keine Hochhäuser so nahe vor bewohnte Hänge zu stellen. Die Fraktion wünscht dieses Prinzip auch für Kriens. Grundsätzlich überzeugt hingegen das Freiraum- und Ökologiekonzept, welches viel Platz für Natur und Freizeit bietet, dafür aber weniger die beiden Wohntürme von bis zu 68 Metern Höhe. Obwohl es zwar eigentlich erst um die Baulinien geht, geht es aber jetzt auch um die Verkehrsführung (Zu- und Wegfahrten, Fahrtenzahlen, Routenführung Langsamverkehr, Vortrittsberechtigungen, Parkplätze) und da ist vieles noch völlig unklar. Die Fraktion hat auch ein bisschen Bedenken wegen der Vermietbarkeit dieser Wohnobjekte. Ist doch die Lage direkt neben der Autobahn (Lärm, Abgase) und mit unattraktiver Aussicht ge-

gen Norden für viele zahlungskräftige Mieter kaum eine Option. Die grossen Unterschiede der Aussichtsqualität zwischen unteren und oberen Stockwerken könnte zu einer Trennung der Bewohnerschichten führen, welche einem guten Austausch und einer gemeinsamen Identifikation der in diesen Objekten wohnenden Menschen entgegensteht. Das Projekt Süd erscheint im weiteren als zu wenig ausgereift und hat noch zu viele Fragezeichen. Was ist konkret geplant? Wie sieht der Luzerner Teil aus? Was bedeutet es, dass entlang der Langsägestrasse Parkplätze erstellt werden dürfen? Der Platz auf dem geplanten, 2 m breiten Streifen ist zu knapp und beeinträchtigt die Velo-Route. Dies kann zu gefährlichen Situationen führen (Türöffnen, Rangieren, Einengung des Strassenraumes, Fussgänger auf der Strasse).

Der Gemeinderat hat es vielleicht etwas versäumt, vermittelnd Einfluss zu nehmen, was die Gebäudehöhen betrifft und sich für die Hochhausvariante eingesetzt, obwohl auch andere Vorschläge bestanden und obwohl er um die Befürchtungen eines Teils der Krienser Bevölkerung wusste. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist nach einem langen Meinungsbildungsprozess aus verschiedenen Gründen grossmehrheitlich für Nichteintreten auf die Teiländerung Ortsplanung. Für den Fall, dass doch Eintreten beschlossen wird, wurden mehrere Anträge vorbereitet.

Martin Heiz für die SVP hofft, dass der Einwohnerrat seiner Linie treu bleibt, sonst verliert er an Glaubwürdigkeit. Prozesse im Bauwesen dauern nun einmal etwas länger. Der erste Schritt für dieses Projekt war im September 2011, der zweite Schritt ist heute und der nächste wird in 2 bis 3 Monaten sein. Im September 2011 wurde mit grosser Mehrheit, unter anderem auch seitens der CVP, Nein zur Volksmotion „Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal“ gestimmt. Das Resultat ist sicher noch allen bekannt, 25 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen. Folgende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aus den anderen Parteien, die heute noch hier sind, haben damals Nein gestimmt.

- SP: Nicole Nyfeler, Mario Urfer und Martin Heini
- Grünen: Erich Tschümperlin und Maurus Frey
- CVP: Roland Schwizer, Kathrin Graber, Viktor Bienz und Verena Wicki Roth
- FDP: Roger Erni, Thomas Lammer und Alex Hahn.

Somit hat der Einwohnerrat dem Investor zur weiteren Planung auf dieser Linie zugestimmt und jetzt wollen plötzlich einige davon nichts mehr wissen. Das ist für die SVP unfair gegenüber der Bauherrschaft. Ist Kriens wirklich noch ein verlässlicher Partner?

Martin Heiz erinnert den Einwohnerrat an den Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw. Dort war kein Projekt vorhanden. Es wurde immer gesagt, dass auf Grund eines konkreten Projektes diese Grundstücke einer Nutzung zugeführt werden. Jetzt steht ein Projekt, wo wahrscheinlich schon weit über einen Bebauungsplan hinaus entwickelt ist. Projekte brauchen nun einmal Zeit, diese Zeit muss man geben. Aber man kann nicht immer wieder bei null beginnen, wenn der Einwohnerrat etwas dazu sagen kann.

Alle haben dem verdichteten Bauen zugestimmt, nun kommt ein solches Projekt und schon wird man seiner Zustimmung untreu und sagt nein. Man spricht immer von günstigem Wohnraum, aber mit diesem Verhalten ist der Einwohnerrat massgebend beteiligt, dass das Bauen in Kriens immer teurer wird. Denn so wird den Investoren immer mehr aufgelastet und verschärfen die Rahmenbedingungen immer mehr. Der Sprechende hofft, der Einwohnerrat ist sich bewusst, was diese Anträge alles für weitere Kosten verursachen werden. Irgendeinmal ist das Bauen unbezahlbar. Denn günstigen Wohnraum gibt es nicht gratis, da muss man zur gegebenen Zeit über den Schatten springen. Martin Heiz ist davon überzeugt, wenn der Investor eine Baugenossenschaft wäre, würde man sich anders verhalten. Somit wird immer Wasser gepredigt und Wein getrunken. Am Schluss sind es dann sowieso die Mieter und Eigentümer und bei diesem Projekt sind es dann auch die Studenten, die dafür bezahlen müs-

sen und die Suppe auslöffeln müssen. Mit einem allfälligen Entscheid auf nicht eintreten kommt es zu weiteren Zeitverzögerungen, vor allem auch für den Campus des IMI-Institutes. Wenn heute nicht eingetreten wird, verzögern oder beerdigen sie heute auch dieses Projekt. Notabene ein Investor mit einem verkehrsarmen Projekt, aber auch das ist Einigen nicht genehm. Einige setzen sich immer für den langsamen Verkehr ein. Kommt ein Projekt mit praktisch keinem Verkehr, diese Leute benützen den öffentlichen Verkehr, so ist das auch wieder nicht recht. Da frage er sich schon, was man eigentlich will.

Was sind die Vorteile von diesem Projekt:

- Unternehmer und Kleingewerbler erhalten Arbeit beim Bauen.
- Unternehmer und Kleingewerbler erhalten Arbeit beim Unterhalt.
- Krienser Unternehmer profitieren vom Einkauf des Institutes IMI in der Region.
- Kriens erhält einen grossen Steuerzahler.
- Kriens erhält durch das Institut IMI eine weltweite Ausstrahlung.

Will der Einwohnerrat auf das verzichten? Dann...

- Wird auf den Campus für Studenten verzichtet.
- Man verzichtet auf Alterswohnungen, die eventuell gebaut werden könnten. Was vom Investor schon einmal angetönt wurde.
- Man verzichtet auf die Kaufkraft der Studenten der IMI, welche einiges mehr ausgeben als andere Studenten an den Hochschulen in Luzern.
- Man verzichtet auf Wohnungen, die für Studenten der anderen Hochschulen etc. zur Verfügung gestellt werden könnten.
- Man verzichtet auf viele Millionen von Investitionen.
- Man verzichtet auf viele Aufträge für die Bauwirtschaft.
- Man verzichtet auf viele Zulieferanten für das IMI-Institut, welches zur Hauptsache in der Region einkauft.
- Man verzichtet auf einen sehr guten Steuerzahler.
- Man verzichtet auf Steuereinnahmen von Mietern der Wohnungen.
- Sowie auf die weltweite Ausstrahlung des Namens Kriens durch das IMI-Institut und durch die Architektur dieses Projektes.

Martin Heiz möchte wissen, welche Partei auf so etwas verzichten kann? Ist der Einwohnerrat wirklich so wirtschaftsfeindlich eingestellt? Viele Anträge, die hier auf dem Tisch liegen gehören in den Gestaltungsplan. Denn heute wird über den Bebauungsplan gesprochen und nicht über den Gestaltungsplan. Es kann aber einiges den Investoren auf den Weg gegeben werden, wenn der Einwohnerrat beschliesst einzutreten.

Der Unterschied zwischen dem Bebauungsplan und dem Gestaltungsplan ist, der Bebauungsplan gilt für immer. Der Gestaltungsplan ist nur 5 Jahre gültig und erlischt wenn nicht mit dem Bau begonnen wurde, und kann um max. 2 x zwei Jahre verlängert werden wenn besondere Umstände vorliegen. Was in einem Bebauungsplan und was in einem Gestaltungsplan geregelt werden muss steht im PBG. Martin Heiz liest den Zweckartikel aus dem PBG zum Bebauungsplan (Art. 65) und zum Gestaltungsplan (Art. 72) vor. Für den Bebauungsplan ist nicht einmal ein Projekt notwendig.

Die SVP ist für das Eintreten, sie möchten dem Investor etwas mitgeben, etwas in die Hand geben, damit er weiterarbeiten kann und sein Projekt weiter entwickeln kann. Was ist richtig was ist falsch, das weiss der Investor nicht, wenn heute nicht auf diesen B&A eingetreten wird. Der Investor weiss nicht wie der politische Wille des Einwohnerrates ist. Es sind so viele sich gegenseitig ausschliessende Anträge da, was soll der Investor nun planen, welche Höhe ist massgebend, was ist mit dem Bebauungsplan Eichhof Süd, was ist mit dem Campus, nach

welchen Kriterien betreffend Energie soll er nun planen? Der Gemeindeart weiss auch nicht wohin es gehen soll. Sogar der Verein gegen bauliche Willkür weiss nicht woran er nun ist. Die SVP möchte auch dem Volk die Möglichkeit geben, allenfalls darüber abzustimmen und seine Meinung dazu äussern zu können. Martin Heiz möchte noch hinzufügen, dass er am Fastnachtsumzug als Zuschauer von Mitgliedern des Vereins gegen baulichen Willkür blöd angegangen wurde, was ihn sehr enttäuscht hat. Aber mit einer Maske ist man ja anonym.

Gemäss Thomas Lammer ist die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Vorlage. Eigentlich gehe es heute politisch um die beiden Fragen, ob auf dem Areal Hochhäuser gebaut werden sollen und wie hoch diese sein sollen. Viele der vorliegenden Anträge schiessen über dieses Ziel hinaus und müssen im Rahmen des Gestaltungsplanes geregelt werden. Der Sprecher möchte sich in seinen Ausführungen deshalb nicht dazu äussern. Die FDP-Fraktion wird aber die meisten davon ablehnen. Zu den beiden zentralen Fragestellungen. Die erste Frage ob überhaupt Hochhäuser gebaut werden sollen, hat der Einwohnerrat am 22. September 2011 mit 4 zu 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen deutlich beantwortet. Er lehnte die Volksmotion "Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal" ab. Ein klares Statement, dass Hochhäuser gebaut werden sollen. Dazu einige Ausschnitte aus den Statements der Parteien:

So zum Beispiel die SP: "Mit dem Hochhauskonzept erhält man die erwünschte Nutzungsdichte. Kriens ist schon lange kein Dörfchen mehr. Die interessierten Investoren haben ein Projekt das ein Konzept aufzeigt. Das Projekt ist Urban und setzt städtebauliche Akzente."

Oder die CVP: "Mit rund 200 Wohnungen und der geplanten Hotelfachschule mit Campus wird eine grosse Baulücke in Kriens mit einem gut abgestimmten Projekt geschlossen. Mit dieser verdichteten Bauweise setzt Kriens ein weiteres Zeichen, dass die Gemeinde in Zukunft nicht mehr flächenmässig wachsen wird, sondern ausschöpfen muss, auf der gegebenen Baufläche das Optimum herauszuholen."

Diesen Aussagen hat Thomas Lammer eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Nur, dass im Rahmen der BZR-Gesamtrevision dem Aspekt der Verdichtung von allen Parteien Applaus beschieden wurde. Weiter wird durch das Gebiet im regionalen Hochhauskonzept explizit als Standort ausgewiesen. Die zweite Fragestellung zur Höhe der Häuser war innerhalb der Fraktion eine heftig diskutierte Frage. Einzelne könnten sich durchaus eine Höhenreduktion der beiden Häuser um je 2 Stockwerke vorstellen. Allerdings dürfte dies kaum den notwendigen Effekt bringen, dass die Anwohner am Dattenberg weniger in ihrer Aussicht eingeschränkt werden. Grossmehrheitlich möchte die Fraktion deshalb an den vorgeschlagenen Höhen der beiden Häuser festhalten. Es ist aber klar, dass für einige Menschen dadurch eine Beeinträchtigung der Aussicht stattfindet, wobei diese bereits heute durch Baumgruppen behindert wird. Dies bedauert die FDP. Jedoch wird der Gesamtnutzen des Projektes für die Gemeinde höher gewichtet als denjenigen für einen Teil eines Quartieres.

Ein Diskussionsthema war bei der FDP das Aussehen der Gebäude. Die FDP legt grossen Wert auf die bauliche und optische Qualität der Gebäude. Deshalb wird der Antrag 3 der CVP zu den beiden Artikeln 23 bzw. 20 der beiden Reglemente Eichhof West und Süd unterstützt. Wie bereits einleitend erwähnt, werden weitere Anträge zu den beiden Reglemente nur vereinzelte Stimmen von der FDP Fraktion erhalten. Beide Reglemente sind bereits in der vorliegenden Form sehr umfassend.

Laut Mario Urfer hat die ganze SP Fraktion im Dezember 2009 bei der Ortsplanung Teilrevision den Teilzonenplan Eichhof- West genehmigt. Die SP Fraktion lehnte auch mehrheitlich die Volksmotion im 2011. "Keine Hochhäuser auf dem Eichhofareal" ab. Die SP/JUSO-Fraktion ist für verdichtetes Bauen im Siedlungsgebiet und nicht generell gegen Hochhäuser. Der

B&A Bebauungsplan Eichhof West und Süd und Teiländerung des Bau- und Zonenreglement mit den umfangreichen orientierenden Anhängen werfen Fragen auf. Dass die BVK Immobilien AG einen qualitativ guten Wohnraum für alle Lebensphasen realisieren will, ist sicher Unterstützungswert. Das gleiche gilt für das Freiraum- und Ökologiekonzept, welches einen Beitrag zu sozialen Kontakten und einer Durchmischung unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen soll. Die Nutzung ist aber mit dem Bebauungsplan nicht garantiert, sie bleibt unverbindlich.

Für die SP/JUSO-Fraktion ging es zuerst um einen Grundsatzentscheid. Will man an einer verbauten Hanglage 2 Hochhäuser oder nicht. Würden die SP/JUSO-Fraktion ohne ein konkretes Projekt ja sagen zu den Hochhäusern an diesem Standort. Wie sehe eine verdichtete Städtebauliche Entwicklung ohne Hochhäuser aus. In der Fraktion wurde lange und kontrovers diskutiert, das Eintreten auf den B&A ist bei der SP/JUSO Fraktion umstritten. Was hat ein Einwohnerrat mehr zu gewichten, der Verlust von Wohnqualität von betroffenen Anwohnern oder die Interessen eines Investors. Die Teiländerung des Zonenplan und BZR basiert auf einem Investor, der nach seinen wirtschaftlichen Interessen gestaltet. Bei einem so komplexen Bauprojekt ist aber die Gemeinde für die gesamtheitliche Betrachtung verantwortlich. Es fand ein Wettbewerb für das Projekt statt, nun wird das Projekt geändert, ohne dass die Entscheidungsträger sich detailliert über die Qualität informieren können. Wie fordert der Gemeinderat die Qualitätssicherheit ein? Die SP/JUSO-Fraktion meint, er muss ein fachliches Beratungsgremium einsetzen, um eine städtebauliche qualitätsvolle Entwicklung zu erhalten. Qualität und Nachhaltigkeit sind wichtige Aspekte der Planung. Die SP/JUSO-Fraktion fordert bei den Bauten bezüglich Energieeffizienz einen hohen technischen Qualitätsstandard. Die Linienführung des Bypass wird Änderung des Portals des Sonnenbergtunnels und der Verkehrsbawerke führen, städtebaulich müssen die Projekte und deren Lärmschutz einbezogen werden um die Wohnqualität zu garantieren. Für die Krienser Identität wäre es Wünschenswert, wenn das Kulturobjekt Konsumhof in das Projekt integriert werden könnte. Unbestritten ist bei der SP/JUSO, dass eine Teilzonenplanänderung ohne Verkehrsrichtplan und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung nicht ohne weiteres zugestimmt wird. Der entstehende Mehrverkehr an der Langsägestrasse ist nicht gelöst. Für den Langsamverkehr wird es mit den zusätzlichen Einmündungen Sicherheitsprobleme geben. Mit Bauten Eichhof-Süd entsteht an der Langsägestrasse eher eine Schlucht als ein Tor zu Kriens. Die SP/JUSO-Fraktion wird individuell für oder gegen das Eintreten sein, wird aber bei den Diskussionen seine Anträge einbringen.

Für die Grüne/JG meldet sich Maurus Frey zu Wort. Der vorliegende B&A ist umfangreich und die zu treffenden Entscheide heute sind tief- bzw. hochgreifend. Die Grüne-Fraktion hat sich intensiv mit dem B&A Eichhof auseinandergesetzt und bemängelt die Vorlage in folgenden drei Punkten:

- Die Städtebauliche Beurteilung Eichhof als Hochhausstandort. Die Beschränkung von der städtebaulichen Beurteilung auf das Hochhauskonzept als einzig beurteilende Referenz wird am Städtebaulichen Gewicht von der gestellten Fragen nicht gerecht. Die Grünen empfehlen, dass die städtebauliche Qualität bzw. Unbedenklichkeit der hohen Bauten von unabhängiger und fachkompetenter Seite bestätigt wird. Auch die Stadt Luzern hat den Hochhausstandort Allmend zusätzlich zum Hochhauskonzept prüfen lassen. Die etwas kramphafte und wiederholte Verteidigung des Städtebaulichen Sinn von Hochhäusern an diesem Standort, konnte die Hälfte der Grünen-Fraktion nicht überzeugen.
- Eichhof-Süd im Schatten der Schatten-Diskussion. Neben den heftig diskutierten Hochhäusern auf Eichhof-West, liegt wortwörtlich im Schatten der Schatten-Diskussion die wuchtige Ausnützungsziffer von 3.5 auf Eichhof-Süd. Zum Vergleich, die als sehr dicht bebaut geltende Tribtschenstadt hat eine Ausnützungsziffer von 1.5. Die im Bebauungsplan gesetzte hohe Ausnützung muss gerechtfertigt und sinnvoll sein. Der B&A gibt diesbezüglich zu wenig Auskunft. Die Grüne-Fraktion ist gegen eine hyperkritische Beurteilung.

- lung von Eichhof-West währenddessen die Parameter für Eichhof-Süd unbegrenzt bleiben.
- Nicht abgesicherte Operation an der Velo-Verkehrsschlagader Kriens-Luzern. Die Langsägestrasse ist die meistgenutzte Velo-Route zwischen Kriens und Luzern. Eine Zählstelle des Tiefbauamts Luzern anfangs der Taubenhausestrasse hat gestern 2'738 Fahrradfahrten in beide Richtungen gezählt. Jetzt zu diesem Zeitpunkt liegt die Zahl für heute bereits bei über 3'000 Fahrten. Der grösste Teil dieser Fahrten wird durch Krienser Pendelverkehr verursacht. Auf Krienser Seite ist wenig über die Verkehrsdaten oder das herrschende Verkehrssystem bekannt. Es wird also mit verbundenen Augen an der offenen Ader operiert. Undenkbar dass so etwas für Anschlüsse an Kantonsstrassen möglich wäre, fünf Einfahrten auf 200 Meter ohne vorgängige Analyse. Die Sicherheit und das Funktionieren dieser Velo-Verkehrsschlagader sind sowohl von wirtschaftlicher als auch von verkehrspolitisch hoher Wichtigkeit. Die Grossprojekte auf Eichhof-West und Süd generieren Reibungspunkte mit der existierenden Langsamverkehrsachse Kriens-Luzern. Der Fraktion ist klar, dass ein Projekt Eichhof Mehrverkehr bringen wird, dieser Mehrverkehr muss bereits jetzt mit flankierenden Massnahmen in Angriff genommen werden. Die Ausflucht im B&A, dass die Strasse nicht im Perimeter enthalten ist, weil sie im Besitz der Gemeinde ist, zeigt wie wenig Begeisterung für gescheite Verkehrslösungen im B&A drinsteckt. Für die Fraktion gilt, Strassenraum und die unmittelbar angrenzende Nutzung können nicht voneinander getrennt werden. Wer Probleme oder Reibungspunkte mitverursacht soll in deren Lösungen einbezogen werden. Die Grüne-Fraktion unterstützt keine als städtebaulich sinnvoll umschriebene Grossprojekte, welche neue Verkehrsprobleme generieren. Die Fraktion weigert sich, die Verkehrsprobleme zu Ungunsten des Langsamverkehrs weiter zu zementieren und kann auf keinen B&A mit ungeklärten verkehrspolitischen Auswirkungen eintreten.
 - Qualitätssicherung, Einwände von Luzern Plus wurden vom Tisch gefegt. Rene Zosso hat in einer Interpellation gefragt, wie der Gemeinderat die qualitative Entwicklung in den vielversprechenden Gebieten Luzern-Süd sicherstellen will. In der Antwort des Gemeinderates steht, die Steuerung der Prozesse ist mit den Organen von Luzern-Süd und dem Gebietsmanagement personell genügend abgedeckt. Weiter lässt der Gemeinderat durchblicken, dass das zuständige Departement allein schon mit dem Tagesgeschäft ausgelastet ist und die Qualität der Grossprojekte übergeordnet von Luzern Plus sichergestellt werden soll. Wie kommt es dann, dass bei der Bearbeitung vom Bebauungsplans Eichhof-West die Einwände von Luzern Plus in der kantonalen Mitwirkung gänzlich ignoriert würden? Warum verkauft der Gemeinderat im Oktober 2012 Luzern Plus als Garant für Qualität, ignoriert jedoch die Einwände des Gebietsmanagers zur qualitativen Sicherstellung des Master-Plans Luzern-Süd? Dies ist ein Widerspruch den es zu erklären gilt. Das besorgt die Fraktion im Hinblick auf weitere Grossprojekte in Luzern Süd.

Schliesslich ist es mehr als die Frage ob Hochhaus ja oder nein. Der vorliegende B&A hat auf wichtige Fragen, welche in der Verantwortung des Einwohnerrats liegen, keine Antworten. Die Diskussion drehte sich bis jetzt sehr einseitig nur um die Höhe der Hochhäuser und die damit verknüpfte Einbusse der Wohnqualität der direkten Anwohner. Die Grüne-Fraktion begrüsst es, dass sich die betroffenen Anwohner sehr engagiert in die Diskussion einbringen. Der berechtigte Druck der Anwohner alleine ist aber für die Fraktion nicht der einzige Grund die Entwicklung am Dorfeingang kritisch zu beurteilen. Die Einwände und Anträge der Fraktion sollen das Projekt Eichhof nicht verhindern, sondern seine Qualität stärken. Dieser B&A bietet aktuell keine solide Grundlage für die Entscheide des Einwohnerrats. Entscheide welche ihre Wirkung über den festgelegten Perimeter darüber enthalten und höhere Emotionen schüren als die Hochhäuser hoch sind. Eine Frage an den Gemeinderat, bevorzugt der Gemeinderat eine Rückweisung zur Klärung der von den Fraktionen kritisierten Punkte? Der Sprechende bittet den Gemeinderat auch auf sein häufig bemühtes Verhinderungs-Argument, der zweiten Auflage, zu verzichten. Wenn eine Zweit-Auflage nicht in Frage kommt, kann der Einwohnerrat dieses politische Schattenboxen schenken und den B&A gleich ablehnen. Die Grüne-Fraktion beantragt die Rückweisung des B&As mit der Intention, dass der Gemeinderat die angesprochenen unklaren Punkte bereinigt.

Kathrin Graber hat eine klare Haltung für das verdichtete Bauen aber nicht für die Qualität dieser Planung. Nun wurden lange Diskussionen geführt und einige Anträge gestellt. Das Modell sollte aber gezeigt werden, denn die Qualität und die Lage der Häuser muss diskutiert werden. Die Projekte Mattenhof wurden ja auch unterstützt aber da nun alle Projekte einzeln angeschaut werden ist dies nicht förderlich für Luzern-Süd. Die Qualität ist der Sprecherin ein grosses Anliegen und da diese so heute nicht stimmen ist Kathrin Graber für nicht eintreten. Eine weitere Planung ist für Kathrin Graber nicht ausgeschlossen.

Laut Daniel Piazza gilt es private und öffentliche Interessen gegeneinander abzuwägen. Vor Beginn der Diskussion, also auch bei der Behandlung der Volksmotion im Juni 2011 hat sich die JCVP dafür eingesetzt, dass gerade bei solch sensiblen Themen wie bei den Hochhäusern, nicht gegen, sondern mit den Bürgern, in diesem Fall mehrere 100 Anwohner, geplant und nach Lösungen gesucht wird, damit es für alle Beteiligten stimmt. Es braucht eine Win-Win-Situation, damit Projekte wie Eichhof-West ein Erfolg werden. Zudem müssen im Zweifelsfall die Anliegen der Bürger, bzw. der Steuerzahler, höher gewichtet werden, als jene der Immobilieninvestoren. Die Bürger haben den Einwohnerrat gewählt, ihnen ist der Einwohnerrat verpflichtet. Immobilieninvestoren sind in Immobilien-Boomzeiten stets zu finden, und erlangen auch andere attraktive Projekte. Projekte die nicht nur die Ziele der Immobilieninvestoren, sondern auch der Bürgerbedürfnissen gerecht werden, sowie auch fachmännischen Kriterien, wie bspw. den Verzicht auf Hochhäuser am Hang. Und wohlgemerkt, das sage der Sprechende als einer der nicht Anwohner ist. Was der Einwohnerrat jetzt gutheisst, steht für Jahrzehnte. Weitere Generationen sollen sich daran erfreuen. Dynamik, nichts dringender als das braucht Kriens langfristig, nicht zuletzt mit Blick auf den schwierigen Finanzhaushalt. Aber diese Dynamik muss von der Bevölkerung getragen werden. Wenn der Einwohnerrat oder besser gesagt, der Gemeinderat, hier nicht das Ohr an der Wand hat und den Bürger in solch strategisch wichtigen Gemeinde Entwicklungsfragen nicht bzw. zu wenig miteinbezieht, gehen man Risiken ein. Man laufe Gefahr, keine Mehrheit im Volk zu finden. Dann könnte es heissen, man wolle gerne die Taube auf dem Dach, in diesem Fall hätte man aber nicht mal mehr den Spatz in der Hand, sondern wären zurück auf Feld 1. Das darf nicht sein und ist nicht im Sinne unserer Gemeinde. Darum ist die JCVP-Fraktion für nicht eintreten und bittet den Gemeinderat, das Ziel des verdichteten Bauens im Eichhof-West weiter zu verfolgen und mit den Anwohnern zu reden und eine Kompromiss-Lösung zu finden. Die JCVP hält dies für erfolgsentscheidend, sei es hier im Einwohnerrat sowie dereinst auch vor dem Volk bei einer Abstimmung. Lieber jetzt nochmals eine Extrameile als nachher wieder ein Scherbenhaufen bei einem Volks-Nein.

Martin Heiz möchte noch klar stellen, dass im Extranet der Umweltverträglichkeitsbericht aufgeschaltet ist. Vorhanden ist auch das Störfall-Diagramm über den Verkehr, was eigentlich noch gar nicht sein müsste. Zudem ist klar zu stellen, dass der Investor bereit sein muss in der Gemeinde Kriens zu investieren und nicht die Gemeinde selber. Die IMI Schule ist nämlich auch davon betroffen und die SVP-Fraktion ist für eine Weiterentwicklung der Gemeinde. Gemäss Leerwohnungsstatistik sind in Kriens gerade mal 12 leere Wohnungen zu haben und davon sind 7 Wohnungen Neubauten. Das Angebot ist klein und die Preise sehr hoch. Eine Entwicklung muss gemacht werden.

Für Michael Günter ist es klar, dass einige Anwohner besorgt sind und eine kritische Meinung zu den Hochhäusern haben. Der Einwohnerrat muss aber im Interesse der Bevölkerung handeln und nicht im Sinne einzelner Bürger. Man erinnere sich an die Abstimmung über die Steuereinheiten. Jene Parteien die ja zur Steuererhöhung gesagt haben sind nun gegen die Hochhäuser. Ein Schandfleck soll beseitigt werden, Investoren sind austauschbar aber die BVK ist eine öffentlich rechtliche Pensionskasse die zur beruflichen Vorsorge beiträgt. Jeder Schritt gegen den Investor ist auch ein Schritt gegen die Interessen des Vorsorgesystems. Man muss seinen Entscheid auch begründen können und anstatt Hochhäuser wären viele

einzelne Häuser zu bauen ein Vorschlag. Der Gemeinderat hat geschlafen, den Verkehr rechtzeitig zu regeln. Zwei Fristen wurden dafür verlangt und immer noch nichts liegt vor.

Zum Thema Hochhäuser stellt Christine Kaufmann-Wolf fest, kann sie Ihre Meinung sagen, ohne dass ihr vorgeworfen werden kann, sie schwanke mit ihrer Meinung. Denn sie ist eine der 4 Einwohnerräte, welche damals die Volksmotion im Parlament unterstützt haben. Sie bleibe ihrer Meinung und Überzeugung treu. Das Areal Eichhof liegt im Entwicklungsschwerpunkt Luzern-Süd. Eine verdichtete Überbauung mit verschiedenen Nutzungen ist an diesem Ort richtig. Beim Übergang von der Stadt Luzern zur Gemeinde Kriens darf ruhig auch städtebauliche Akzente gesetzt werden. Doch müssen solche städtebauliche Akzente in Form von zwei überdimensionierten Türmen am Fusse des Sonnenbergs sein? Wird man in Zukunft sagen, Kriens beginnt dort, wo die Hochhäuser stehen? Was gibt dem Rat das Recht, solche Türme vor einem historisch und harmonisch gewachsenem Wohnquartier zu bewilligen? Die Politik versteckt sich hinter der Aussage, dass es rechtlich keinen Schutz für Aussicht gibt. Aber Hand auf's Herz, wer würde sich als betroffene Person nicht zur Wehr setzen? Für die Wohnungen in den Hochhäusern wird mit dem Kriterium Aussicht Werbung gemacht. Das angrenzende Wohnquartier wird aber buchstäblich in den Schatten gestellt und die Aussicht verbaut. Kriens kann von anderen Gemeinden, welche auch sehr schöne Hangwohnlagen haben, nur lernen. Denn in den Gemeinden wie z.B. Horw, Meggen, Weggis, Vitznau, Küssnacht, Ennetbürgen oder alle die Zürcher Gemeinden an der Goldküste, würde niemand auf die Idee kommen, ihren Bewohner an den schönen Hanglagen die Aussicht auf See und Berge mit Hochhäuser zu verbauen und dazu einen Schattenwurf auf die Liegenschaften riskieren. Doch Kriens setzt sich gegen seine eigenen Bürger und Bürgerinnen zu Gunsten eines Investors ein und will eine neue rechtliche Grundlage für solche Verbauungen schaffen. Ende Oktober 2008 wurde ein Vorstosse eingereicht, mit Forderung, dass eine neue Einfamilienhaus-Zone zu schaffen sei. Begründung war, dass so gute Steuerzahler angesiedelt werden können. Am Dattenberg besteht bereits seit Jahrzehnten eine solche attraktive und begehrte Wohnzone. Das ist doch paradox, neue Einfamilienhauszonen sollen geschaffen werden, und bei den bereits vorhandenen Einfamilienhausquartieren soll rücksichtslos vor die Nase gebaut werden. Es wird sogar eine Wertverminderung der Liegenschaften in Kauf genommen. Hochhäuser, welche am richtigen Ort gebaut werden, mit Rücksicht auf die Umgebung und mit einem genügend grossen Abstand zu einem Hang, haben durchaus ihre Berechtigung. So wie im Mattenhof oder auf der Allmend.

Immer wieder wird betont, dass die öffentliche mit privaten Interessen abgewogen werden müssen. Welches sind denn hier öffentliche Interessen? Sind es städtebauliche Akzente? Erhöhung des Steuer-Substrat oder geht es hauptsächlich um die Rendite des Investors? Das Siegerprojekt von Diener & Diener im April 2008 hätte alle vorher aufgezählten Interessen erfüllt. Zusätzlich hätte dieses Siegerprojekt auch als notwendiger Lärmschutzwall für das Strassenlärm geplagte Quartier gedient.

Gemäss Erich Tschümperlin wurden bereits zu viele Anträge abgewiesen weil zu lange gewartet und nicht gehandelt wurde, er verweist auf die Aussagen über die Grösse und das Aussehen der Hochhäuser. Die Verpflichtung um die es heute geht ist gegenüber der Gemeinde Kriens und nicht einzelner Bürger.

Zu den vielen Fragen die nun aufgetreten sind meldet sich Matthias Senn. Es ist wichtig, dass nun eingetreten wird, denn ein Entscheid über BZR Art. 9a, Abs. 5 muss gemacht werden. Die Anträge über die Höhe der Häuser werden dann behandelt, wenn der Gemeinderat weiss wie es weiter gehen soll und wenn ein Antrag mit einer anderen Höhe für die Hochhäuser eine Mehrheit findet ist der Bebauungsplan zurückzuweisen. Bei Nichteintreten weiss der Gemeinderat nicht was mit dem Entwicklungsgebiet Eichhof-Schlund weiter geschieht. Betreffend Architektenwettbewerb wurde bei der Teilrevision 2009 mit dem Hochhausartikel die Vorprü-

fung im Februar 2009 bei der 1. Lesung im Einwohnerrat im Juni 2009 behandelt. Der Studienantrag Eichhof-West startete im Januar 2010. Es war immer klar, dass es für Hochhäuser ein Konkurrenzverfahren braucht. Die Fachjury hat das Projekt nicht verändert. Bei der IMI gab es kein Wettbewerb, da ein Projektentwurf vorliegt.

Das Fahrtenkontingent von 2'170 Fahrten DTV gemäss Art. 7 Nutzungstabelle ist eine Obergrenze, damit auf die Nutzung Einfluss genommen werden kann. Es bestehen verschiedene Nutzungsszenarien A bis D. Szenario A entspricht dem aktuellen Stand der Planung und umfasst derzeit nur 950 Fahrten DTV. Bei der Langsägestrasse sind es 500 einmündende Fahrzeuge. Zum Vergleich, bei der Gemeindehausstrasse sind es 1'200 Fahrzeuge. Zum Vorgehen des Strassenprojektes sind Strassenumgestaltung, Temporegulierung 30, 40 und 50 wie das Projekt Schachen- und Amlehnstrasse sowie eine Radwegführung geplant. Jedoch erst bei der Gestaltungsplanung, da sonst viel Zeit verloren geht. Heute geht es um die Hochhäuser, respektive deren Höhe, um die Nutzung für die Gemeinde Kriens und die Sondernutzungsbestimmungen, die den Leitplan für nächste Planungsschritte festlegen. Deshalb macht Matthias Senn den Appell für ein strategisches Planen.

Kathrin Graber erinnert an die Diskussion mit der PanGas, nach dem Eintreten wurde bei der zweiten Lesung die Fragen der CVP-Fraktion nicht zufriedenstellend beantwortet. Der CVP-Fraktion ist die Qualität wichtig und möchte nun über das Eintreten abstimmen.

Für das Eintreten des Bau- und Zonenreglements votiert nochmals Matthias Senn.

Kriens ist ein Scherbenhaufen, so Räto Camenisch. Ein Investor macht der Gemeinde Kriens einen super Vorschlag und nun werden Kleinigkeiten diskutiert. Der Krienser Bürger wohnt nicht am Hang sondern im Zentrum von Kriens und will eine Entwicklung sehen. Die Gemeinde Kriens kann diese Investition gut gebrauchen um Defizite zu vermindern.

Sein vorheriges Votum soll nicht als Investoren feindlich gelten, betont Daniel Piazza. Aber wenn der Gemeinderat seine Hausaufgaben nicht mache und gewisse Fragen nicht beantwortet werden, und die Höhe der Häuser ist vielen ein Anliegen zu klären, muss man sich nicht wundern. Bei einem guten Standort boomen gute Investoren. Die Sicht der Bevölkerung soll eingeholt werden und miteinander, nicht gegeneinander eine Lösung gesucht werden.

Dieses Projekt so durch gehen zu lassen betont Erich Tschümperlin ist keine Möglichkeit. Zuerst müssen alle Fragen geklärt werden.

Martin Heini schlägt vor die Kaffeepause zu machen, obwohl noch weitere Wortmeldungen offen sind. Dann können während der Pause die 2 Verfahren geklärt werden. Er bittet diejenigen Personen, die sich bis jetzt noch gemeldet haben, ihre Voten zu halten.

Peter Fässler hat am 20. März 2013 eine Mitgliederversammlung der SP Kriens einberufen. Kontroverse Themen wurden unter den Mitgliedern mit pro und kontra Referate diskutiert. Es ergaben sich Gründe für und gegen dieses Projekt aber mit der Schule und den Alterswohnungen kam es gut an. Kein Thema war das Verbauen der Aussicht, weil es wohl nicht die Wähler der SP betreffe.

Für die Abstimmung des Berichts und Antrages über den Bebauungsplan Eichhof West/Süd mit Teilrevision Ortsplanung hält Rolf Schmied daran fest nicht einzutreten.

Martin Heiz möchte nun abstimmen. Er findet alle können für das Eintreten stimmen, denn danach können dann alle Anträge behandelt werden. Dass das Volk nicht immer gleicher Meinung ist hat man zum Beispiel beim Budget gemerkt. Zudem meint er wenn heute nicht eingetreten wird, dann wird das gleiche in vier oder sechs Monaten wieder stattfinden.

Hans Gartmann stellt den Ordnungsantrag, nun abzustimmen.

Abstimmung Eintreten

Mit 19:14 Stimmen wird auf den B+A nicht eingetreten.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Roland Schwizer möchte ein Rückkommen auf das Traktandum 5. Einige Parlamentarier haben in der Pause zusammen diskutiert. Die Investoren, Bewohner und Kommissionen wissen nicht wie hoch gebaut werden kann.

Hans Gartmann weist darauf hin, dass vorher über den B+A abgestimmt wurde. Es wurde bereits über alles diskutiert. Er findet es falsch ein Rückkommen zu machen. Das Parlament hat vorhin entschieden und soll bei dieser Entscheidung bleiben. Nun liegt es bei der Bauherrschaft und dem Gemeinderat, ein neues Projekt vorzulegen.

Martin Heiz unterstützt das Rückkommen nicht. Die SVP hat zwei Stunden lang versucht, dem Parlament begrifflich zu machen, dass man auf den B+A eintreten soll. Er hat Mühe damit, dass man eine Entscheidung fällt und dann nicht dazu steht. Er erwartet von allen, dass sie sich bewusst sind, was dies nun heisst. Auf die Konsequenzen wurden alle aufmerksam gemacht. Diese Herren sollen nun die Konsequenzen ziehen und zu ihrem Wort stehen.

Maurus Frey findet, dass man nicht auf den B+A eintreten kann, wenn gewisse Informationen nicht an den Einwohnerrat weitergeleitet werden. Es muss alles offengelegt werden und sei es mit einem neuen B+A. Der Gemeinderat muss sich nun über das weitere Vorgehen den Kopf zerbrechen.

Brahim Aakti geht es nicht darum alles neu zu diskutieren. Die SP will nur über die Bauhöhe diskutieren. Dazu braucht es saubere Entscheidungsgrundlagen.

Gemäss Martin Heiz wird die SVP in so einem Gremium nicht mitmachen.

Bruno Bienz denkt nicht, dass das Rückkommen das richtige Werkzeug ist. Das Parlament kann dem Gemeinderat offerieren ihm zu helfen und zusammen zu besprechen.

Thomas Lammer begrüsst es, wenn kein Rückkommen gemacht wird, sondern sieht es wie Bruno Bienz gesagt hat, dass der Einwohnerrat mit dem Gemeinderat zusammen arbeiten soll.

Abstimmung Rückkommen auf Traktandum 5

Mit 13:18 Stimmen mit 2 Enthaltungen wird ein Rückkommen abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Dalla Bona, Mara	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja

Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

6. Planungsbericht: Controlling-Stelle wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen Nr. 027/13

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):

Motion Marbacher: Einführung Controlling-Stelle wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen Nr. 289/12

Martin Heini weist darauf hin, dass es keine Eintreten gibt, da es sich um einen Bericht handelt

Gemäss Bruno Bienz wurde der Planungsbericht von der SGK mit Wohlwollen aufgenommen. Da natürlich eine neue Stelle nicht überall auf Freude stösst, wurde auch über einige Punkte diskutiert. Nach Aussage von Lothar Sidler ist die Stelle bereits ausgeschrieben. Sie beinhaltet zwei Bereiche; das Leistungs- und das Finanz-Controlling. Emmen hat als Vergleich eine 100 % Stelle nur für das Finanzcontrolling. Da stellte sich in der Kommission die Frage, ob das aufgeht. Die Kommission war sich mit dem Gemeinderat einig, dass mit einer klaren Prioritätensetzung gearbeitet werden muss. Hier ist sicher Sachverstand gefragt. Es darf nicht ausufern mit zum Beispiel einem Sekretariat, usw. dass die schriftlichen Arbeiten für den Controller macht. Ein Diskussionspunkt war auch, ob die Stelle am richtigen Ort unterstellt ist. Es wurde die Neutralität in Frage gestellt. Lothar Sidler findet die Stelle am richtigen Ort. Intern ist sie nicht dem Sozialamt, sondern bei den Zentralen Diensten unterstellt. Diese Lösung unterstützt auch die SGK.

Damit die Wirksamkeit dieser Controllingstelle im Auge behalten werden kann, wünscht die SGK jährlich einen Wirkungsbericht. Diesem stellt sich der Gemeinderat nicht entgegen. Dieser Antrag liegt vor. Die SGK beantragt einstimmig, diese Bemerkung im Beschlusstext aufzunehmen. Er dankt für die Zustimmung und die Abschreibung der Motion Marbacher.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat laut Kathrin Graber noch in der letzten Legislatur zweimal einen Vorstoss eingereicht, worin es darum geht, dass die Gemeinde für die wirtschaftliche Sozialhilfe/Sozialversicherungen eine Controllingstelle schaffen soll. Sie begrüßen es, dass es in Sachen Controllingstelle endlich vorwärts geht und eine solche Stelle geschaffen wird. Sie erwarten und gehen davon aus, dass sich diese Stelle finanziell ausbezahlt und zumindest zu einem Teil selbsttragend sein wird. Damit die Stelle ihr Ziel erreichen kann, ist es wichtig, dass die neue Person die Schwerpunkte bei der Überprüfung der Dossiers richtig setzt. Da die neue Person Fachwissen im Bereich Sozialversicherungsrecht haben muss, findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion es richtig, dass der Stelleninhaber oder die Stelleninhaberin im Sozialdepartement und dort direkt dem Sozialvorsteher unterstellt ist. Sie werden die Bemerkung der SGK unterstützen, dass der Gemeinderat jährlich zuhanden der SGK einen Wirkungsbericht über die Controllingstelle verfasst. Dies ist vor allem zu Beginn der Tätigkeit des Controllers oder der Controllerin wichtig, damit man nach einem Jahr, falls notwendig, Gegensteuer geben könnte. Sie wünschen der neuen Stelleninhaberin oder dem neuen Stelleninhaber viel Glück und eine gute Nase beim Setzen der notwendigen Schwerpunkte. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Controllingstelle zustimmend zur Kenntnis.

Laut Alfons Graf ist für die SVP-Fraktion die Kontrolle über die wirtschaftliche Sozialhilfe ein Muss und wenn dadurch Sozialmissbräuche verhindert werden können, macht das mehr als Sinn. Die zusätzliche Stelle ist nun mal geschaffen und viel ändern können sie da nicht mehr. Die SVP verlangt aber einen jährlichen Wirkungsbericht, ob die Stelle sich auch rechtfertigt. Das ganze kann aber nicht dazu führen, dass es zu einem Durchlauferhitzer wird und in Zukunft jedes Departement nach einer Controllingstelle schreit. Das kann es wirklich nicht sein. Jedes Departement muss das Controlling selber übernehmen und dessen Chef trägt die Verantwortung. Schlussendlich ist es ein Führungsprozess des Verantwortlichen.

Die SVP ist gegen eine Aufstockung der Stellen Prozente. Es kann nicht sein, dass nach der Steuererhöhung nun Stelle für Stelle neu geschaffen wird. Der Verkehrsplaner wurde neu eingestellt. Jetzt die Controllingstelle und schon bald kommt die Koordinations- und Anlaufstelle Gesundheitswesen hinzu. Da werden laufend neue Stellen aus dem Boden gestampft. Er glaubt nicht, dass dies im Sinne des Steuerzahlers ist, welcher die Steuererhöhung gutgeheissen hat. Die Gemeinde steckt immer noch tief in den Schulden. Es ist eine Pflicht dies zu ändern. Das heisst, dass weiter gespart werden muss. Und sparen kann man nicht wenn Stellen kreiert werden mit Gehältern von über Fr. 100'000.00. Die SVP wird zu gegebener Zeit, wenn wieder eine Steuererhöhung im Raum steht, auf dieses Thema zurückkommen.

Hans Gartmann führt für die FDP-Fraktion aus, dass die Sache bereits geregelt ist. Er schliesst sich seinen Vorrednern an. Sie haben über diesen Bericht diskutiert und finden, dass eine 100 % Stelle genügen sollte. Die Controllingstelle benötigt nicht noch drei weitere Stellen im Backoffice. Der Stelleninhaber oder die Stelleninhaberin muss Prioritäten setzen. So können grössere Sachen bearbeitet werden und zum Erfolg führen. Die Controllingstelle ist wichtig. In der Bevölkerung tönt dies jedoch etwas anders. Da jetzt der Steuererhöhung zugestimmt wurde, muss man vorsichtig sein, wenn man neue Stellen schafft. Zurückhaltung mit neuen Stellen ist der Tenor.

Die SP-/Juso-Fraktion ist gemäss Esther Bieri für Abschreiben der Motion Marbacher. Die Gründe für das Abschreiben sind klar:

- Der Gemeinderat kommt nach vielen Monaten dem Anliegen nach, die Controllingstelle zu schaffen und zu besetzen.
- Die Controllingstelle wird die Sozialarbeitenden in Sozialversicherungsfragen unterstützen. Die Strategie heisst Empowerment. Sie ist richtig und clever, denn sie zielt darauf ab, bestehende Mitarbeitende in diesen komplexen Fragen zu befähigen, aus Sicht der Gemeinde Kriens die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das neu gewonnene Knowhow wird also bereits mittelfristig geteilt und breit verankert.
- Sie prüft aus einem neuen Blickwinkel die bestehenden Dossiers. Dabei können fehlerhafte Auszahlungen und Berechnungen entdeckt und korrigiert werden und die vorgelagerten Stellen in die Verantwortung genommen resp. zuviel ausbezahltes Geld zurückgefordert werden.
- Auf der Meta-Ebene prüft der bzw. die Stelleninhabende periodisch und systematisch die Geldflüsse. Damit werden auffällige Zahlungen herausgefiltert und geklärt, ob sie plausibel sind.

Die SP-/Juso-Fraktion stimmt auch dem Antrag der SKG zu, dass das Departement jährlich einen Wirkungsbericht zu Handen der SGK erstellt. Diese Controllingstelle geniesst also breite Unterstützung. Folgenden zwei Punkte müssen beachtet werden:

- Die Stelle umfasst eine breite Palette an Aufgaben. Das Risiko besteht, dass sich jemand in den Details verliert. Mit nur 100 % müssen sich Departement und Ressortleitung über die Flughöhe wie auch über die Prioritäten im Klaren sein und dies mit auf den Weg geben.

- Die Klientinnen und Klienten des Sozialamts Kriens sollen auch nach der Einführung dieser Stelle auf einen fairen Prozess vertrauen können. Wenn bloss ein „scharfer Hund“ eingestellt würde, würde das Ziel verfehlt. Die Einwohner der Gemeinde Kriens verdienen es mit oder ohne Controllingstelle, respektvoll behandelt zu werden, in einer Art und Weise, die der Würde dieser Menschen gerecht wird.

Bruno Bienz dankt im Namen der Grüne/JG-Fraktion dem Gemeinderat für diesen Planungsbericht. Die Forderung der Mehrheit des Einwohnerrates für eine Controllingstelle Wirtschaftliche Sozialhilfe/Sozialversicherungen wird damit erfüllt. Es musste zwar noch mit einer Motion nachgedoppelt werden, aber Ende gut, alles gut. Die Grünen sind aber auch der gleichen Meinung wie die SGK, dass ein jährlicher Wirkungsbericht für diese Stelle gerechtfertigt ist. Daher unterstützten die Grünen den Antrag der SGK. Die Grünen sagen deshalb ja zum Planungsbericht und zur Abschreibung der Motion Marbacher.

Lothar Sidler dankt für die positiven Rückmeldungen. Er ist froh, dass man nicht gegen diese Stelle ist. Er möchte nun noch auf einige offene Fragen der verschiedenen Voten antworten. Die Controllingstelle ist im Budget 2013 bereits enthalten und ist im Stellenplan inbegriffen. Es gibt nicht noch zusätzliche Kosten. Es ist somit eine Investition ins Personal. Diese Stelle sollte den Zweck haben, dass die Kosten im Griff gehalten werden. Bestenfalls kann man sogar eine Kostenreduktion erreichen. Die Mitarbeiter des Sozialamtes leisten jetzt schon gute Arbeit und zahlen auch nur das aus, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Den Wirkungsbericht wird das Departement so gestalten, wie von der SGK gewünscht. Das Sozialdepartement stellt bereits jetzt schon der SGK einen Bericht zu, worin aufgeführt ist, wo und wie das Geld ausgegeben wird. Man muss jedoch noch genau besprechen, was im Wirkungsbericht enthalten sein sollte. Er findet, dass die 100 % Stelle genügen müsste. Weitere Aufgaben sind für diese Stelle nicht vorgesehen. Diese wird sich natürlich nach den gesetzlichen Vorlagen richten. Die Controllingstelle schafft zusätzliches Vertrauen und Transparenz. So kann man die Sozialhilfebezüger schützen, damit sie auch wirklich ihr Geld erhalten.

Er ergänzt für Cyrill Wiget, dass die Fachstelle Verkehr nicht zusätzlich geschaffen wurde. Die Stelle wurde durch andere frei gewordene Stellenprozente aus dem Baudepartement und dem Umwelt- und Sicherheitsdepartement geschaffen.

Abstimmung Antrag SGK, Einfügung folgender Bemerkung: Der Gemeinderat fasst jährlich zuhanden der Sozial- und Gesundheitskommission einen Wirkungsbericht über die Controllingstelle.

Mit 32:0 Stimmen wird der Antrag der SGK angenommen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Ráto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	n.t.
Kaufmann-Wolf, Christine	ja

Kloter, Yanik	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Martin Heini liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Planungsbericht Controllingstelle wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen vom 20. März 2013 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die Motion Marbacher „Einführung Controlling Stelle Wirtschaftliche Sozialhilfe / Sozialversicherungen „ (289 / 2012) wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.*
3. *Folgende Bemerkung wird an den Gemeinderat überwiesen: Der Gemeinderat fasst jährlich zuhanden der Sozial- und Gesundheitskommission einen Wirkungsbericht über die Controllingstelle.*

Abstimmung über den Beschlussestext Planungsbericht Nr. 027/13:
Der Beschlussestext wird mit 30:2 Stimmen mit 1 Enthaltung genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	Enthaltung
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja

Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

6a. Dringliche Interpellation Kloter: Räumliche Entwicklung, Städtebau, Eichhof-West (Beeinträchtigung der Wohnlage Eichhof West durch die künftige Verkehrsentwicklung) Nr. 036/13

Nach Matthias Senn hat das für den Bypass zuständige Bundesamt für Strassen (ASTRA) vor einem Jahr eine Arbeitsgruppe „Bypass Süd“ installiert. Diese Arbeitsgruppe besteht aus ca. 20 Personen und ist mit Vertretern der Gemeinden Kriens, Horw und Luzern, Architekten, Ingenieuren, Verkehrsplanern, usw. vielseitig zusammengesetzt. Im September wurde in der Arbeitsgruppe zum ersten Mal informiert, dass es eine Variante „Berg“ gibt. Im Januar folgte eine halb-öffentliche Veranstaltung im Südpol, bei der offiziell informiert wurde, dass die Variante „Berg“ weitergeplant wird. In der Folge hat man das ASTRA und das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement angefragt, ob der Grünstreifen beim alten Pilatusmarkt weiterhin eingehalten werden muss. Vor kurzem erhielt man die Rückmeldung, dass die Einhaltung des Grünstreifens nicht mehr verlangt wird. Der Bebauungsplan Eichhof ging schon vor den letzten Sommerferien in die Vorprüfung.

Frage 1 und 2

Die Umweltverträglichkeit wurde im Hinblick auf den Ist-Zustand beurteilt. Durch einen zweiten Tunnel würde die Verkehrsbelastung westlich verschoben, d.h. es gibt sicher keine Verschlechterung bei den Lärmwerten. Fraglich ist, ob es durch den Bypass mehr Verkehr gibt.

Frage 3

Beim Architekturwettbewerb gab es ein Argument, das den Sieger bestimmte. Man will städtebauliche Aspekte zum Autobahnportal.

Frage 4

Die Hochhäuser hätten im Kontext zur Autobahnbrücke stehen sollen.

Frage 5

Beim Eintreten wurde gesagt, dass aufgrund des Hochhausartikels ein Wettbewerb durchgeführt werden muss. Der Gemeinderat war der Meinung, dass beim IMI-Projekt kein Wettbewerb nötig ist und das Projekt soweit gutgeheissen werden kann.

Martin Heini fragt den Interpellanten an, ob er mit dieser Antwort zufrieden ist, oder ob er eine Diskussion verlangt.

Yanik Kloter verlangt keine Diskussion.

6b. Dringliches Postulat Schwizer: Informatik-Strategie / Projekt SIDOK

Nr. 032/13

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

7. Bericht Postulat B. Bienz: Weisung für die Beschaffung und Einkauf von Gütern und Dienstleistungen für die Gemeinde Kriens

Nr. 029/13

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

Schluss

Martin Heini dankt für die gute Sitzung und das Interesse der Zuschauer auf der Tribüne. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 23. Mai 2013, um 14:00 Uhr statt. Am nächsten Samstag, 27. April 2013, findet die Zukunftskonferenz um 08:30 Uhr statt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Wichlern.

Die Sitzung schliesst um 17:10 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:


Martin Heini

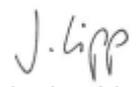
Der Gemeindeschreiber:


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:


Petra Burkhart


Sarah Deschwanden


Janine Lipp